

Leserbriefe

Bundesgesundheitsminister Lauterbach will Cannabis legalisieren.

„Ist daraus Medizin geworden?“

Es ist etwa 25 Jahre her, da schellen drei Polizisten an unserer Tür und baten um den Schlüssel zur Wohnung unseres jüngsten Sohnes, der eine Straße weiter wohnte. Als wir zögerten, weil die Polizisten uns keinen Grund nannten, ließen sie uns wissen, dass sie bei einer Weigerung die Wohnungstür aufbrechen müssten. Die Polizisten gingen zielgerichtet auf den Balkon und zeigten mir drei Blumentöpfe mit Hanfpflanzen. Anstatt uns als Eltern zu informieren, hatte ein Nachbar anonym die Polizei informiert. Unser Sohn hatte den Samen auf einer Party geschenkt bekommen. Die drei Pflanzen wurden mitgenommen, und es wurde erklärt, dass es sich um eine verbotene Droge handele, die zu Abhängigkeit und Gehirnschäden führe. Die Strafe von

850 Mark wurde von unserem Sohn in Raten bezahlt. Wenn ich höre, dass unser Gesundheitsminister den Besitz von Cannabis bald straffrei stellt und drei Hanfpflanzen für den Eigenbedarf zulässig sein sollen, kann ich mir ein ironisches Lachen nicht verkneifen. Ist im Laufe der Jahre Cannabis zu einem heilenden Medikament geworden? Werden die Geldstrafen von damals nun erstattet?

Nein, Cannabis, besonders wenn es im Wachstum und in der Jugend eingenommen wird, führt damals wie heute zu schweren Gehirnschäden, zu Abhängigkeiten und psychischen Veränderungen. Die beabsichtigte Legalisierung ist nach meiner Auffassung ein großer Fehler.

Werner Johann Keßler, Neuwied

In Rheinland-Pfalz kommt die Polizei auf dem Land aufgrund von Personallengpässen an ihre Grenzen.

„Bei Besoldung liegen wir unter dem Durchschnitt“

Vor allem die kleinen und mittelgroßen Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz leiden unter der Personalmisere, vor allem im Wechselschichtdienst. Im Innenministerium scheint man nicht wahrgenommen zu haben, dass sich die Arbeit der Polizei in den letzten 15 bis 20 Jahren verändert hat. Sie ist auch gefährlicher geworden. Da die Gewalt gegen Polizeibeamte in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat, müsste es doch selbstverständlich sein, dass man auf kleinen Polizeidienststellen immer zwei Streifen zur Verfügung hat. Bei mittelgroßen Polizeidienststellen müssten immer drei Streifen vorhanden sein. Es ist doch erschreckend, dass die Anzahl der Polizistinnen und Polizisten im Wechselschichtdienst seit

2018 um mehr als 200 Beamte zurückgegangen ist. Das Ministerium spricht von ereignisreichen und ereignisschwachen Zeiten, hier kann man nur schmunzeln. Solche Zeiten kann man bei der Polizei nie voraussagen. Auch ist das Aushelfen bei anderen Dienststellen nur dann möglich, wenn diese Polizeidienststellen keine eigenen unaufschiebbaren Ereignisse haben. Rheinland-Pfalz hat schon seit einigen Jahren das Problem, dass es zu wenige Bewerber für diesen schönen, abwechslungsreichen, aber auch gefährlicher gewordenen Beruf gibt. Grund hierfür ist die fehlende Wertschätzung. Ein kleiner Teil der Gesellschaft meint, dass man Polizistinnen und Polizisten beleidigen, bespucken oder angreifen darf. Wer lässt sich das schon gerne bie-

ten? Keiner! Jedoch haben auch die jeweiligen Landesregierungen der Polizei in den vergangenen 15 bis 20 Jahren zu wenig Wertschätzung entgegengebracht. Bei der Besoldung liegt unser Bundesland unter dem Durchschnitt aller Bundesländer und den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg. Auch im Bereich Zulagen hat Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Bundesländern einen großen Nachholbedarf. Um den Beruf wieder attraktiver zu machen, benötigt man von der Landesregierung keine Sonntagsreden und Worthülsen, sondern Taten. Allein mit einer zufriedenstellenden Sachausstattung kann man keine jungen Menschen für diesen abwechslungsreichen Beruf gewinnen.

Jürgen Gehres, Idar-Oberstein

Nach gut sechs Jahrzehnten Atomenergie in Deutschland sind Mitte April die drei letzten Kernkraftwerke vom Netz gegangen: Isar 2 in Bayern, Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg und Emsland in Niedersachsen. Bis zum Schluss hatten die Betreiber noch Strom durch Kernspaltung produziert.

„Erneuerbare sind alternativlos“

Nun ist der Weg endgültig frei für die Nutzung der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmesektor sowie im Mobilitätsbereich. Als am 14. Januar 1998 das Bundesverwaltungsgericht in Berlin die Revision der RWE zum Betrieb des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich endgültig abgelehnt hatte und den Bürgerinitiativen und Städten am Mittelrhein die Ablehnung in einem endgültigen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt wurde, war dies der Anfang vom Ende der Atomkraftnutzung in Deutschland.

Nun, erneut 25 Jahre später, sind die letzten Atommeiler vom Netz gegangen und hinterlassen uns „nur“ noch die in menschlichen Zeitdimensionen ewig strahlenden Altlasten aus mehr als 60 Jahren Betrieb der Atomkraftwerke in Deutschland.

Uns energiepolitisch motivierten jungen Leuten von damals, die in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts nach Tschernobyl schon für den Atomausstieg hier in Deutschland gekämpft haben, war immer klar, dass der Atomausstieg und der Einstieg in die erneuerbaren Energien zwei Seiten ein und derselben Medaille sind.

Insofern ist es richtig, den Umbau der Energiewirtschaft – wie von der Ampelregierung in Mainz und Berlin jetzt (zu) zaghaft begonnen – national und, wo es geht, auch international so voranzutreiben, dass wir in weniger als 40 Jahren auf Öl, Kohle, Gas und Atomkraft endgültig verzichten und stattdessen die ausreichenden erneuerbaren Potenziale von Sonne, Wind und Geothermie nutzen können – nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit.

Aus allen bekannten Gründen (Klimaschutz, Ende der fossilen Energien, ewige Endlagerung Atomtüll) ist dieser Weg in der Tat alternativlos. Deshalb sollten wir uns nicht allzu lange mit den „Beharrungskraft“ der alten Energiewirtschaft“ beschäftigen.

Die neuen Wege erfordern unser aller Engagement, um für unsere Kinder und Enkel eine lebenswerte Zukunft zu gestalten. Nur wer in der Lage ist, die Zeitabläufe vom Ende her zu denken, kommt wirklich weiter. Alles andere hilft nicht weiter und ist ein Festhalten am Vergangenen. Anders ausgedrückt, könnte man sagen: Man sollte „nicht die Asche anbeten, sondern das Feuer vorantreiben“. Dietmar Rieth, Neuwied, ehemaliger Landtagsabgeordneter der Grünen

Ihr Kontakt zu uns

Sie möchten auch Stellung zu Themen unserer Zeit oder unserer Zeitung beziehen? Schreiben Sie uns:

Rhein-Zeitung
Leserbriefe
56055 Koblenz
Fax: 0261/892-122
leserbriefe@rhein-zeitung.net

Leider können wir von den zahlreichen Zuschriften, die uns täglich erreichen, nur einen Teil veröffentlichen und müssen uns das Recht auf Sinn wählende Kürzung vorbehalten. Ein Recht auf Abdruck eines Leserbriefs besteht nicht.

Achten Sie darauf, dass Ihr Leserbrief nicht länger als 2500 Zeichen (inklusive Leerzeichen) ist und Ihren vollständigen Namen und Ihre Adresse sowie für etwaige Rückfragen Ihre Telefonnummer enthält. Anonyme Zuschriften veröffentlichen wir nicht. Als Einsender erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Name und Ihr Wohnort in der Zeitung und im Internet auf rhein-zeitung.de veröffentlicht und archiviert werden.

Ihre Zuschrift sollte sich mit konkreten Inhalten der Zeitung auseinandersetzen. Ein Hinweis auf den Anlass Ihres Briefes sollte deshalb vermerkt sein (Überschrift und Erscheinungsdatum des betreffenden Artikels). Schreiben, die sich auf andere Leserbriefe beziehen, veröffentlichen wir in der Regel nicht.

Über Jahrzehnte soll ein Priester im Bistum Trier Jugendliche sexuell missbraucht haben und seine Opfer in teils pornografischen Posen fotografiert haben.

„Hoch bezahlt und schamlos“

Ich schäme mich als Katholik, wenn ich von solchen kriminellen Schmuddelpriestern wie in Friedrichstal und den Vertuschungen der Bischöfe in Freiburg und Trier höre. Aber dann von „Ehelosigkeit um des Himmelreiches willen“ sprechen! Und Bischöfe schauen zu und decken, wie diese Kleriker sich kriminalisieren und verwahrlosen. Diese Schandtaten sprechen für sich. Was sind das für Geistliche? Was geht in ihren Köpfen und Seelen vor? Was sind die emotional verwehrlos! Hoch bezahlt und gut situiert, aber schamlos. Jeden Tag gehe ich an zwei Rinderherden – eine mit Piemonteser Rindern, die andere mit Schottischen Hochlandrindern – vorbei und erfreue mich an ihnen. Nie sehe ich Übergrifflichkeiten von Bullen an Kälbern und Halberwachsenen. Wie tief sind diese kriminellen geistlichen Herren und ihre Vorgesetzten, die Bischöfe, gesunken? Wie weit haben sie und ihre Kirche sich von Jesus entfernt?

Alois Wiszniewsky,
Diplom-Theologe, Müden

„Fehlritte hautnah erlebt“

Ich bin Jahrgang 1938, in Bayern aufgewachsen, dort zur Schule gegangen und wurde religiös erzogen. Die kirchlichen Fehlritte, die zurzeit in der Öffentlichkeit diskutiert werden, erlebte ich hautnah. In meiner Schulzeit von 1944 bis 1952 war es nicht möglich, die Eltern oder einen Lehrer von priesterlichen Übergriffen zu überzeugen, denn der Pfarrer war in der damaligen Zeit ein Vertreter Gottes und ein überirdisches Wesen.

Deshalb freue ich mich über die positiven Änderungen, die den göttlichen Status der Kirchen infrage stellen und den Bürgern und Gläubigen eine Stimme verleihen. Ich hoffe, dass diese Veränderungen nun Seelsorger davon abhalten, sich weiter an unschuldigen Kindern zu vergreifen.

Roland Bayerlein, Bad Kreuznach

„Einfach nur sprachlos“

Manchmal ist man durch ein Ereignis einfach nur sprachlos. Gott sei Dank gibt es ja noch die Satire. Ich beantrage, dass aufgrund unzähliger Missbrauchsfälle in den Kirchen das neunte Gebot aus der Bibel (Buch Exodus, Kapitel 20) „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Frau“ umformuliert wird in: „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Kind“. Des Weiteren sollte der Vers 16 aus dem 10. Kapitel des Markusevangeliums gestrichen werden: „Jesus nahm die Kinder in seine Arme. Er legte ihnen die Hände auf und segnete sie.“ Fast könnte man annehmen, dass diese Passage von kirchlichen Tätern als Freibrief für einen Zugang zu Kindern missbraucht wur-



In diesem Haus im saarländischen Friedrichstal wohnte der verstorbene Priester Edmund Dillinger, der wohl über Jahre hinweg Minderjährige missbraucht und diese Vorgänge selbst dokumentiert hat. Der Fall erschüttert das Bistum Trier schwer.

Foto: Oliver Dietze/dpa

de. Selbst das Lachen könnte einem da im Hals stecken bleiben.

Dr. Peter Helmling, Koblenz

„Schmutzwäsche im Schauenfenster“

Wie exhibitionistisch muss man sein, dass man die schmutzigste Wäsche seiner Familie ins Schauenfenster hängt? Wie schwer muss es den Chefs am Koblenzer Kreuz gefallen sein, diese „Bild“-er-Serie zu drucken? War es der Schweiß ihrer Qual, die den Rhein bei Andernach ansteigen ließ? Die Schlüssellochgucker haben auf jeden Fall ihren Spaß.

Berthold Pirrung, Neuwied

„Vertuschung als oberstes Gebot“

Meist tun sich Politiker schwer, Verfehlungen zuzugeben. Da wird dann herumgeeiert, bis nichts mehr zu retten ist und nur noch der Rücktritt übrig bleibt. Bei der organisierten katholischen Kirche scheint es sehr viel schlimmer und bedeutsamer zu sein. Dort wird organisiert gelogen, betrogen und vertuscht. In den Bistümern werden die wohl verwerflichsten und abgründigsten Verbrechen begangen, alles im Namen des Herrn, aber nicht in meinem Namen. Das organisierte Verbrechen hat viele Gesichter, das dreckigste von allen ist der Missbrauch von Kindern, die zudem auch noch von den Eltern in die Obhut der Kirche gegeben werden. Neben dem Missbrauch steht die psychische Zerstörung dieser Kinder. Und diese Organisation leistet Beihilfe in höchstem Maße.

Die meisten dieser Verbrechen werden noch nicht einmal vor einem ordentlichen Gericht verhandelt. Man überlässt alles den Tätern und deren Helfern. Da gibt es dann keine Ankläger und auch kei-

ne Richter, sondern lediglich eine sogenannte Aufarbeitungskommission des Bistums Trier mit einem Gerhard Robbers an der Spitze. Und wieder einmal soll Vertuschung als oberstes Gebot angewandt werden, was Herr Robbers inzwischen bestreitet. Natürlich, was denn auch sonst? In der von ihnen geschaffenen Hölle zu schmoren, wäre für die Täter und deren Mithelfer noch zu harmlos.

Rudolf Kowalski, Koblenz

„Heuchlerisch und respektlos“

Der im Missbrauchsbericht des Erzbistums Freiburg schwer belastete Ex-Erzbischof Robert Zollitsch hat sich nach eigener Aussage „aus Rücksicht auf die Betroffenen von sexualisierter Gewalt und aus Respekt vor der notwendigen und vollständigen Aufarbeitung Schweigen auferlegt“. Schweigen „aus Rücksicht auf die Betroffenen“, das ist ja mal eine revolutionäre Aufklärungsmethode – nach Jahrzehnten des Schweigens aus Rücksicht auf die Täter. Außerdem ist es eine so heuchlerische wie respektlose Instrumentalisierung der Missbrauchopfer, die mittlerweile sicher genug haben von „Brüdern im Nebel“ und deren Versuchen, durch hartnäckiges Halten der Klappe den (Heiligen-)Schein zu wahren.

Almut Steckel, Emmelshausen

„Weitere Spitze des Eisbergs“

Das Doppelleben des Priesters Dillinger ist eine weitere Spitze des Eisbergs. Sexualisierte Gewalt stellt ein ernsthaftes Problem in der Kirche dar. Viele Menschen schauen zu Institutionen wie der Kirche auf und vertrauen ihnen, dass sie sie vor Gewalt und Missbrauch schüt-

zen. Doch leider hat die Kirche dieses Vertrauen in der Vergangenheit wiederholt gebrochen. Sexuelle Gewalt ist in der Kirche ein Tabuthema und wird oft vertuscht, was es für Opfer sehr schwierig macht, eine Stimme zu haben und Gerechtigkeit zu finden.

Durch die Machtposition der Kirche werden Täter oft nicht strafrechtlich verfolgt, und auch Opfer müssen befürchten, dass ihre Anschuldigungen nicht ernst genommen werden oder dass sie stigmatisiert werden. Der Umgang mit sexueller Gewalt und Missbrauch ist ein ernstes Thema, das angegangen werden muss. Jede Institution oder Organisation, unabhängig von ihrer Art oder religiösen Zugehörigkeit, die sexuellen Missbrauch oder Gewalt toleriert oder Täter schützt, sollte verurteilt werden. Es ist wichtig, dass solche Fälle von Missbrauch von den Behörden untersucht werden und dass den Überlebenden von sexueller Gewalt Unterstützung und Hilfe angeboten wird. Eine Aufklärung der Fälle durch die Tätergemeinschaft kann nicht zielführend sein. Auch eine mögliche Verjährung darf nicht vor Strafverfolgung schützen.

Axel Bartz, Wied

„Kirche und Staat trennen“

Dass ein nicht unerheblicher Teil der Steuern aller Bürger*innen unseres demokratischen Staates für die katholische und evangelische Kirche verwendet wird, stammt aus einem längst überholten Gesetz und sollte nach meiner Meinung unbedingt geändert werden. Jede Kirche oder Glaubensgemeinschaft soll sich durch ihre Mitglieder selbst finanzieren. Es geht nicht an, dass Bürger*innen, die keiner der beiden großen Kirchen angehören, trotzdem für sie bezahlen müssen. Ich befürworte eine klare Trennung von Staat und Kirche.

Martina Krell, Elkenroth

„Das Zölibat überdenken“

Leider gibt es Pädophilie nicht nur in der katholischen Kirche. Jedoch scheint die katholische Kirche ein geschützter Ort für Täter zu sein. Aus meiner Sicht gilt für Täter null Toleranz. Sie sind der weltlichen Justiz zu überstellen und aus dem Kirchendienst zu entfernen.

Im Moment scheint kaum ein Bistum und Bischof ohne Vertuschung gehandelt zu haben. Ab sofort sollten Bischöfe, die weiterhin vertuschen, ihres Amtes enthoben werden. Einige Bischöfe sollten sich fragen, ob ihr Handeln in der Vergangenheit sie noch weiter befähigt, ihr Amt wahrzunehmen.

Der nächste Punkt für mich sind die Kinder von Geistlichen. Der Papst und die katholische Kirche sollten das Zölibat überdenken. Wenn die Kirche zukunftsfähig bleiben will, muss sie moralischer werden.

Paul Schmidt, Höhr-Grenzhausen

„Opfer leiden ein Leben lang“

Das Bistum Trier beruft sich darauf, dass dessen Reaktion auf Dillingers Verbrechen ja 2012 stattfand (42 Jahre nach den ersten Missbrauchshinweisen) und dass die Meldung an die Staatsanwaltschaft 2012 nicht verfolgt worden sei wegen Verjährung. Wie menschenverachtend seitens der Kirche ist es, sich darauf auszurufen? Missbrauchopfer leiden ihr Leben lang und werden das Leid niemals los. Sie haben lebenslanglich. Wie kann es dann rechtens sein, dass Täter wegen Verjährung frei aus der Sache hervorgehen und damit weitere Chancen für weiteres Leid an neuen Opfern erhalten?

Gisela Altenhofen, Andernach